

22.04.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 996 vom 21. März 2013
der Abgeordneten Serap Güler CDU
Drucksache 16/2463

Warum setzt sich die Landesregierung nicht für Dilan ein?

Die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter hat die Kleine Anfrage 996 mit Schreiben vom 19. April 2013 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister, dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales und der Ministerin für Schule und Weiterbildung beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Landesregierung hat vor kurzem bekanntgegeben, dass sie ihre Förderung für die Ausbildung zur Pharmazeutisch Technischen Assistentin (PTA) kürzen möchten. Demnach sollen die staatlichen Zuschüsse von maximal 73 Euro je PTA-Ausbildungsplatz gestrichen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Landesregierung mit der Abschaffung der Studienbeiträge, die Ausbildung eines Apothekers komplett kostenfrei anbietet, beabsichtigt sie mit diesem Vorhaben, die künftige Apothekerassistentin, die auch nicht annähernd so viel verdient wie ihr Chef, mit den Ausbildungskosten allein zu lassen. Schon heute müssen angehende PTA bis zu 220 Euro für ihre Ausbildung monatlich zahlen. Wenn diese Kosten künftig noch mehr werden, werden sich sehr viele gegen eine PTA-Ausbildung entscheiden. Nicht nur, dass dieses Vorhaben eine große Lücke in Sachen Bildungsgerechtigkeit aufzeigt, die die Landesregierung sich einst in Lettern auf die Fahne schrieb, bleibt auch zu befürchten, dass wir neben den Pflege- und Erzieherberufen künftig auch auf diesem Feld von einem Fachkräftemangel reden werden. Daneben ist auch aus integrationspolitischer Sicht dieses Vorhaben äußerst fragwürdig. In den vergangenen Tagen haben einige Medien darüber berichtet, dass sehr viele der PTA-Schülerinnen und Schüler eine Zuwanderungsgeschichte hat. In der FAZ vom 1. März 2013 ist gar von „gut 80 Prozent“ die Rede („Auf dem Pfad des Widerspruchs“, S.3).

In dem Artikel wird bspw. über die junge PTA-Auszubildende Dilan Akkus in Gelsenkirchen berichtet, die mit dem Satz „73 Euro mehr wären ein echtes Problem für mich“ zitiert wird.

Datum des Originals: 19.04.2013/Ausgegeben: 25.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Ferner heißt es, dass Dilan Akkus ein „typischer Fall“ wäre. So hätten gut 80 Prozent der Gelsenkirchener PTA-Schule eine Zuwanderungsgeschichte, manche würden von Hartz IV leben. Die Lehrerin der Schule wird mit dem Satz "Für solche Jugendliche ist PTA die Chance, einen sicheren Job zu bekommen, den Aufstieg ins bürgerliche Leben zu schaffen. Das ist hier gelebte Integration“, zitiert.

Vorbemerkung der Landesregierung

Aufgrund des bekannten Konsolidierungsbedarfes im Landeshaushalt stand die Landesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten vor der Herausforderung, strukturell nachhaltige Entlastungen für den Landeshaushalt zu erzielen. Statt einer prozentualen Verteilung entsprechender Kürzungen nur "mit dem Rasenmäher" auf eine Vielzahl dann ggf. in ihrem Fortbestand gefährdeter Programme und Projekte hat sich das MGEPA (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) entschieden, für seinen Ressortbereich die Einsparungen auf bestimmte Förderungen zu konzentrieren. Das betrifft auch die Förderung der Lehranstalten für pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten (PTA).

Das Land beteiligte sich in den vergangenen Jahren als freiwillige Leistung mit einem Anteil von rund 25 Prozent an den Gesamtkosten der Ausbildung an den PTA-Lehnanstalten. In einem für alle Beteiligten aufwändigen Förderverfahren wurde in den vergangenen Jahren ein monatlicher Höchstbetrag von 73 Euro pro Schülerin bzw. pro Schüler an 15 privaten und kommunalen PTA-Lehnanstalten gewährt. Zwei weitere Schulen in Dortmund und Krefeld haben keine Landesförderung erhalten.

Da bei der Förderung der PTA-Ausbildung im Falle einer gleichmäßigen prozentualen Kürzung "mit dem Rasenmäher" in allen Förderbereichen auch für sich genommen ein nicht mehr ökonomisches Verhältnis zwischen der ohnehin geringen Förderhöhe und dem mit dem Förderverfahren für alle Beteiligten verbundenen Verwaltungsaufwand entstanden wäre, hat sich die Landesregierung für einen schrittweisen, aber vollständigen Ausstieg aus der Förderung entschieden. Die freiwillige Förderung aus dem Haushalt des MGEPA soll beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2013 Schritt für Schritt eingestellt werden. Alle aktuell laufenden Kurse genießen Vertrauensschutz und werden noch bis zu deren Ende gefördert. Daher muss die PTA-Auszubildende Dilan Akkus auch nicht befürchten, höhere Ausbildungskosten tragen zu müssen.

Erst die im Jahr 2013 neu beginnenden Kurse erhalten keine Förderung mehr.

1. *In wie weit ist es mit der Bildungsgerechtigkeit vereinbar, dass Apothekerassistenten künftig noch mehr für ihre Ausbildung bezahlen müssen und Apotheker kostenfrei studieren können?*

Die Entscheidung, gerade im Bereich der Förderung der PTA-Ausbildung zu kürzen, erfolgte auch im Hinblick auf vergleichbare andere Ausbildungen im Bereich der Gesundheitsfachberufe. Eine vergleichbare Landesförderung der Ausbildung wird für keinen anderen Gesundheitsfachberuf (Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, etc.) gewährt.

Was den Vergleich zwischen den anteilig schulgeldfinanzierten Gesundheitsberufen und den gebührenfreien Studiengängen angeht, so ist diese Unterscheidung historisch gewachsen und kann aufgrund des zwingenden Konsolidierungsbedarfs im Landeshaushalt nicht durch zusätzliche Landesfinanzierungen - die dann ja alle Gesundheitsberufe etc. umfassen müssten - aufgefangen werden. Umso sinnvoller erscheint es, dass die Inhaberinnen und Inhaber von Apotheken zu einem Zeitpunkt, zu dem sie wirtschaftlich von ihrer eigenen Ausbildung

und eben zusätzlich auch von der Arbeitsleistung gut ausgebildeter PTA profitieren, einen Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung der PTA-Ausbildung leisten.

2. *Wie viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verüben derzeit eine PTA-Ausbildung in NRW?*

Nach den dem MGEPA vorliegenden Daten von IT-NRW befanden sich zum 15. Oktober 2011 insgesamt 1.798 Schülerinnen und Schüler in der PTA-Ausbildung. Darunter befanden sich 331 Schülerinnen und Schüler, die über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen. Daten zur Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte in der PTA-Ausbildung liegen nicht vor.

Die in der Kleinen Anfrage aufgeführten Daten zum prozentualen Anteil von Schülerinnen und Schülern in der Ausbildung, die eine Migrationsgeschichte haben ("gut 80 Prozent"), können daher seitens des MGEPA nicht nachvollzogen werden.

3. *In wie weit ist es mit dem Anspruch, eine Querschnitt-Integrationspolitik zu betreiben, vereinbar, wenn durch die Kürzung vor allem Menschen mit Zuwanderungsgeschichte betroffen sind?*

4. *Wird sich die Landesregierung ihrem integrationspolitischen Anspruch stellen und sich für Dilan einsetzen, damit sie künftig nicht noch mehr für die Ausbildung bezahlen muss?*

5. *Sollte die Landesregierung solche Bildungsaufstiege nicht eher fördern, auch finanziell nicht nur symbolpolitisch, als ihnen finanzielle Hürden entgegensetzen?*

Nach Überzeugung der Landesregierung muss und soll die Einstellung der anteiligen Landesförderung nicht zwingend zu einer höheren Belastung der Auszubildenden mit dem von ihnen zu zahlenden Schulgeld führen.

Schon heute hat das Schulgeld an den PTA-Lehranstalten trotz der einheitlichen Landesförderung keine einheitliche Höhe. Nach den dem MGEPA vorliegenden Erkenntnissen beträgt das aktuelle Schulgeld bei den geförderten Lehranstalten zwischen 120 und 305 Euro pro Monat, an der nicht geförderten "Westfalen Akademie Dortmund GmbH" 370 Euro.

Auch künftig wird das Schulgeld - selbst bei einer vom Land nicht intendierten vollständigen Übernahme der ausfallenden Landesförderung alleine durch die Auszubildenden - in den allermeisten Fällen deutlich unter den von der Apothekerschaft kommunizierten 378 € liegen. Nach eigenen Darstellungen der Apothekenkammern und -verbände unter www.nrw-braucht-pta.de liegt das durchschnittliche Schulgeld bisher bei 200 €. Dieser Durchschnittssatz kann schon rechnerisch alleine durch den Wegfall der Landesförderung in Höhe von maximal 73 Euro nicht auf 378 € steigen, auch wenn dieser Eindruck in der Öffentlichkeit derzeit manchmal erweckt wird, weil im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Apothekenkammern und -verbände der Betrag "bis zu 378 €" mindestens unter Inkaufnahme falscher Assoziationen dem bisherigen Durchschnittssatz an Schulgeld in Höhe von 200 Euro gegenübergestellt wird.

Ziel des Landes ist aber keineswegs, dass die Auszubildenden über ein höheres Schulgeld die ausfallende Landesförderung übernehmen müssen. Um die Finanzierung der bestehen-

den PTA-Lehranstalten nachhaltig zu ermöglichen, will das Land im Zuge der anstehenden Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) vielmehr die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass sich die Apothekerkammern des Landes stärker als bisher an der Finanzierung der Ausbildung der Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten beteiligen können. Damit wird ausdrücklich keine Finanzierungsverpflichtung geschaffen - letztlich obliegt es der Entscheidung der Kammern, inwieweit sie ihre Mitfinanzierung ausbauen oder die PTA-Schulen alternativ bei der Erschließung anderer Finanzierungsmöglichkeiten unterstützen. Die Kammern werden dabei jedoch zu berücksichtigen haben, dass die Ausbildung der Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten ganz überwiegend unmittelbar den Apothekenleiterinnen und Apothekenleitern zugutekommt.

Ein Wegfall der Landesförderung von rund 1,4 Mio. Euro pro Jahr würde im Falle einer vollständigen Übernahme durch die Apotheken eine Mehrbelastung pro Apotheke und Jahr von rund 290 Euro bedeuten. Dieser Betrag erscheint unter Berücksichtigung des - auch wirtschaftlichen - Interesses der Apothekerschaft an gut ausgebildetem Personal durchaus vertretbar.